



7 Monate Stadtverwaltung

Handel und Versorgung

Halles Oberbürgermeister und Bürgermeister gaben einen Rechenschaftsbericht über ihre antifaschistische Tätigkeit

Halle, den 8. Januar 1946

Nach siebenmonatiger Tätigkeit traten gestern die an der Spitze der hallischen Stadtverwaltung stehenden neuen Männer vor die Bevölkerung, um einen Rechenschaftsbericht über die seit dem Zusammenbruch des Nazivergewaltstaates für das Gemeinwesen geleistete Aufbauarbeit zu erstatten.

Getreu dem Geiste der Demokratie geschah dies nicht hinter verschlossenen Türen vor einem kleinen Kreis sorgfältig ausgewählter braungeputzter „Ratsherren“, sondern vor der breitesten Öffentlichkeit im bis auf den letzten Platz besetzten großen „Volkspark“-Saal. Auch das ist ein Neues in der bedeutsamen Ereignissen reichen Geschichte der Versammlungsstätte der hallischen Arbeiterschaft. Das ist es sich um ein Ereignis von Bedeutung handelte, bewiesen die Ansprachen, mit denen die Vertreter der Behörden, an ihrer Spitze der Präsident der Provinz Sachsen, Dr. Hübener, Bezirkspräsident Dr. Berger, der Gewerkschaften und viele namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begrüßt wurden.

Ausgehend von den Ursachen des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes zeigten die beiden Berichterstatter — Oberbürgermeister Mertens und Bürgermeister Pretsch — die Auswirkungen des hitlerischen Kriegverbrechens in alle Gebiete ihrer schweren Arbeit umfassenden Rückblicken auf und gaben hoffnungsvolle Ausblicke für die Zukunft. Ihre ausführlichen Darlegungen wurden von der bis zum Ende gespannt folgenden, aus allen Teilen der Bevölkerung stammenden Zuhörerschaft mit starkem Beifall aufgenommen.

Der Rückblick über das in sieben Monaten Geleistete und die Genugtuung über das bisher Erreichte wurde verbunden mit dem Ausdruck des Dankes für die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht, die in steter Einsatzbereitschaft das Werk des Wiederaufbaus Halles und seines Wirtschaftslebens gefördert hat und bis auf den heutigen Tag alle dahinzuliegenden Bemühungen unterstützt. Worte des Dankes fanden auch Bezirkspräsident Dr. Berger, Betriebsratsvorsitzender Böttcher,

und Genoss Otto Härtel, der die unten folgende Vertrauenskundgebung für die Männer der Stadtverwaltung zur Abstimmung und einmütigen Zustimmung brachte.

Die in Form einer erweiterten öffentlichen Stadtverordnetenitzung abgehaltene Kundgebung wurde von Darbietungen des Stadtorchesters umrahmt.

Am Schlusse der Veranstaltung wurde die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen.

Die Anerkennung der Bevölkerung

Die heute, am 7. Januar 1946, stattfindende öffentliche Kundgebung, in der der Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung Halle von dem Oberbürgermeister Mertens und Bürgermeister Pretsch gegeben wurde, zeigen, daß unter der zielstrebig und antifaschistischen Initiative die Stadtverwaltung und die Betriebsräte zusammen mit den antifaschistischen Parteien bemüht waren, die ärgsten Verwüstungen der Hitlerverbrecher zu beseitigen und den Wiederaufbau zu beginnen.

Außerordentlich viel ist durch die Hilfe der russischen Administration geleistet worden. Noch bleibt aber viel zu tun.

Das Jahr 1946 muß auch für die Stadtverwaltung Halle ein Jahr des Aufbaus in verstärkter Arbeit werden. Die tschkräftige Mithilfe der ganzen hallischen Bevölkerung ist dazu notwendig. Ein freies demokratisches Zeitalter ist im Werden. Sorgen wir dafür, daß wir uns dieses freien demokratischen Zeitgeschehens würdig erweisen.

Am Ende des Jahres 1946 müssen möglichst alle Hitlerbrandmale unserer Stadt beseitigt sein. Deshalb sprechen wir unserer Stadtverwaltung und ihrer Leitung und auch dem Betriebsrat unser vollstes Vertrauen und geloben, am Wiederaufbau unserer Stadt auf allen Gebieten tatkräftig mitzuarbeiten mit dem Ziel, ein freies demokratisches Deutschland zu schaffen.

In der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung wurde ein unter der Leitung des Herrn Prof. Dr. Ritter, Leiter der Abteilung Planung und Statistik, stehender Lehrgang für Sonderbeauftragte bei den Landräten zur Festigung der Verwaltungsorganisations eröfnet. Der Lehrgang wird 14 Tage dauern. Präsident Dr. Hugo Buschmann hielt die Eröffnungsansprache, wobei er u. a. folgendes ausführte:

Indem ich heute einen Lehrgang für Sonderbeauftragte der Zentralverwaltung Handel und Versorgung bei den Landräten eröffne, wird eine Schule für Verwaltungsbeamte der Versorgungswirtschaft vorbereitet. Dieser Lehrgang besteht aus den Bedürfnissen der Praxis, ich bin in letzten Wochen in den Provinzen und Ländern gewesen und habe wiederholt vor den Landräten gesprochen und diese anschließend in Einzelgesprächen kennengelernt. Dabei habe ich festgestellt, daß die Verwaltungen in den Kreisen bei weitem nicht den gegenwärtigen Bedürfnissen der Versorgungswirtschaft entsprechen. Dieser Lehrgang muß zur Schließung der Lücken und die spätere Schule nach den Verwaltungsapparat der Versorgungswirtschaft zu einer immer exakteren Arbeit bringen.

Ich mache den Landräten keine Vorwürfe. Sie sind außerordentlich tüchtig. Die Versorgung bedarf aber unbedingt und schnellstens bei den Landräten einer sicher arbeitenden Verwaltung. Die Provinzen und Länder sind angewiesen worden, bei den Landräten und Oberbürgermeistern Ämter für Handel und Versorgung einzurichten. Nicht an allen Stellen ist die unbedingte Notwendigkeit der Schaffung eines Verwaltungsunterbaus für die Zentralverwaltung Handel und Versorgung erkannt worden. Daraus ergeben sich schwere Mängel, die schnellstens beseitigt werden müssen.

Die Versorgungswirtschaft hat die Ernte 1945 zur Verfügung. Mit diesen Lebensmittelbeständen müssen wir bis zur neuen Ernte auskommen. Infolgedessen ist die Pflege der Bestände und die zuverlässig kontrollierte Warenbewegung bis zum Verbrauch unsere Hauptaufgabe. Lebensmittel dürfen weder durch schlechte Behandlung, Diebstahl oder Schleichverteilung gehen. Keinerlei Verlust an Lebensmitteln ist tolerierbar. Die zweite Aufgabe ist die regelmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den Lebensmitteln, die ihr nach den Rationen zusteht. Wir dürfen und werden in dieser Beziehung nicht locker lassen. Durch die Errichtung des ersten Zieles unserer Verwaltung kann auch das zweite gesichert werden.

Was haben wir also zu tun? Wir haben festzustellen, ob die Erlassung gemäß den Befehlen, die die Erfassung, reguläre ordnungsmäßige erfolgt. Wir haben festzustellen, ob diese Bestände durch sachgemäße Lagerung sichergestellt werden und haben schließlich die Steuerung der Ware von den Erfassungslagern aus bis zum Kleinbändler, die mit Hilfe des Systems der Lieferweisungen erfolgt zu kontrollieren. Die Durchführung des Versorgungsplanes liegt bei den Landräten, nämlich bei den Ämtern für Handel und Versorgung. Es ist ganz unmöglich, daß ein Versorgungsplan zum vollen Erfolg führt, so lange nicht das System der Lieferweisungen strikt und lückenlos durchgeführt wird. Zu diesem System gehört unerläßlich eine bestimmte Berichterstattung, die der Kontrolle der gesamten Versorgungswirtschaft dienlich ist. Auf diese Berichterstattung kommt es uns im Augenblick an. Die in diesem Lehrgang Geschulden sollen in der Zeit zwischen dem 10. und 15. Januar in bestimmte Kreise entsandt werden, mit der Aufgabe, solange dort zu bleiben, bis sie die Garantie übernehmen, daß in Zukunft eine in jeder Beziehung ordnungsmäßige Berichterstattung erfolgt. Ein Amt für Handel und Versorgung in einem Kreise, das in der Lage ist, die Monatsabrechnungen fehlerlos zu erstellen, weist damit nach, daß es imstande ist, die Versorgungswirtschaft des Kreises zu beherrschen. Deshalb hat die Berichterstattung eine so große Bedeutung.

Die in das Land Hinausgehenden sollen nicht selbst die Ämter für Handel und Versorgung leiten, sondern sie sollen den mit der Versorgungswirtschaft der Kreise Betrauten die Verwaltung mit einrichten helfen. Sie sollen zeitweilige Helfer für die Landräte sein, die sie dies kann, werden sie die wesentlichen Aufgaben der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung, indem sie die Befehle kennenlernen, die die gesetzliche Grundlage für unsere Arbeit sind. Sie sollen lernen, welche Verwaltungsarbeiten die Befehle im einzelnen verursachen, um bei der Organisation dieser Verwaltungsarbeit in den Kreisen mit tätig zu sein. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß das eine sehr ernste Arbeit verlangt, die nur geleistet werden kann, wenn sie aus diesem Lehrgang ein positives Wissen mitnehmen, das sich auf den ganzen Bereich der Versorgungswirtschaft erstreckt.

Unsere Verwaltung leidet nicht nur die Ernährungsirtschaft, das ist nur die vorläufige Aufgabe. Die Versorgung mit gewerblichen Verbrauchsgütern wird aber auch immer

Riebeck-Montan 100 Prozent

O. K. In einer Betriebspause versammelte sich die Belegschaft in der Werkstatt des Abwurfs Endlos der Riebeck-Montan-Werke. Genosse Mosch vom FDGB sprach über die Bedeutung der Gewerkschaften, legte Zweck und Sinn der Gewerkschaftsdelegierten- und Betriebsausschüßwahler vor und forderte von den Kandidaten, das die tüchtige Gewerkschaftler seien, die die Belange der Belegschaft vertreten und konsequent vertreten.

Anschließend nahm der Gesamtbetriebsratsvorsitzende A. Hahne die Vorschläge zur Kreisgewerkschaftsdelegierten- und den Betriebsausschüßwahler vor. Hierbei kam der Wille zur Einheit sichtlich zum Ausdruck. Genosse Hahne schilderte darauf die Schwierigkeiten innerhalb der einzelnen Betriebe, welche sich durch den furchtbaren Nazikrieg in den Weg stellen. Trotz alledem wird immer weiter vorwärts geschritten. Das beweist schon, daß im Dezember die Brikketherstellung 100% des Soll betragen wird. Für Wohnbauarbeiter soll alles getan werden, um ihre Arbeitsbedingungen zu erleichtern.

Die umstrittene Naziwohnung

Der Entscheidung einer Berliner Schiedsstelle bei einem Bezirkswohnungsamt, die in der Deutschen Volkszeitung veröffentlicht wurde, entnehmen wir nachstehende Zeilen, die des allgemeinen Interesses wegen zweifelt Beachtung finden werden.

... In zweiter Linie hat die Schiedsstelle die Zurückweisung der Beschwerde des Nazis mit Billigkeitserwägungen begründet. In der Entscheidung heißt es wörtlich:

„In dieser Richtung kam in Betracht der katastrophale Mangel an Wohnungen in Groß-Berlin. Dieser Wohnungsangel ist eine unmittelbare Folge der Kriegserfolge. Mit den Folgen der Wohnungsmangel müssen zunächst alle diejenigen belastet werden, die am Kriege schuld sind, nämlich die Angehörigen der früheren NSDAP, ohne Unterschied, ob sie ein Amt hatten oder nicht, ob sie nur Mitläufer waren oder sich aktiv faschistisch betätigt haben. Alle Angehörigen der ehemaligen NSDAP müssen ihre Mitschuld am Kriege in der Weise wieder gutzumachen versuchen, daß sie sich auf ein Mindestmaß an Wohnraum beschränken und die diesbezüglichen Maßnahmen der Behörden als begründet anerkennen oder wenigstens hinnehmen.

Im vorliegenden Streitfall kommt noch hinzu, daß der jetzige Benutzer der Wohnung aus politischen Gründen Häftling im KZ Buchenwald gewesen und mit seiner Wohnung in Berlin total ausgebombt worden ist, mit Rücksicht darauf würde es die öffentliche Meinung als besonders unverständlich betrachten, wenn er als Opfer des Faschismus zugunsten des Besiegerten, der Mitglieder der NSDAP war, aus der beschlagnahmten Wohnung wieder herausgesetzt worden wäre.“

Faschistischer Zusammenstoß in Leon

Mexiko, 7. Januar (TASS).

Presseberichten zufolge vollführten Sinarchisten (mexikanische Faschisten) und Mitglieder der nationalen Aktionspartei, eine Meuterei in der Stadt Leon. Die angeblichen unkorrekten Wahlen des neuen Präsidenten der städtischen Körperschaft, der nicht Sinarchist ist, dienten als Vorwand. Mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnete Sinarchisten eröffneten, das Feuer auf Bundesstruppen, die die Stadthalle bewachten.

Der Zusammenstoß, der sich daraus ergab, hatte viele Tote und Verwundete zur Folge.

Die Zeitungen veröffentlichten ein Kommuniqué, das vom Kommandeur der Bundesstruppen in Leon über den Kampf herausgegeben wurde, der in der Stadt vom Abend des 3. Januar bis zum Morgen des 4. Januar angedauerte. Der Kommandeur der Bundesstruppen bestätigte, daß der Kampf von den Sinarchisten provoziert war, und als Hauptinstifter des Kampfes werden die Brüder José und Alfonso Trauba Olivaris genannt, die zu den führenden Gründern der Sinarchistenbewegung gehören. Es wird berichtet, daß wohlbewaffnete Sinarchisten unter dem Vorwand der „Unkorrektheit bei den Wahlen“ des Präsidenten der Stadtverwaltung die Meuterei vorbereiteten, um die Macht zu ergreifen, und die Bundesstruppen anzugreifen. Die genaue Anzahl der Getöteten und Verletzten ist bis jetzt unbekannt, da die Sinarchisten diese Angaben verschleiern, um die Untersuchung zu behindern. Der Presse gemäß wurden einige Hundert getötet und mehr als 300 verletzt. Gegenwärtig sind die Bundesstruppen in Leon in einer Situation.

Es wird berichtet, daß der Präsident der Republik dem Minister für innere Angelegenheiten, Villa Michael, befahl, nach Leon zur Untersuchung abzureisen. In der Erläuterung der Entwicklungen in Leon schreibt die Abendzeitung „La Noche“: Alle Tatsachen bestätigen, daß unter dem Vorwand der Gemeindefwahlen der Aufruhr vorbereitet wurde, dessen Folgen zur Zeit nicht übersehen werden können. Die Verantwortung dafür liegt nur bei ihren Organisatoren, den Führern der Sinarchistischen Bewegung und der nationalen Aktionspartei, die sich in Komplotten gegen die Regierung betätigen.“ Die Zeitung betont, daß die Sinarchisten, die an der Meuterei gegen die Bundesstruppen teilnahmen, moderne Waffen benutzen.

Abänderungen und Präzisionen des Arbeitslohnes können nur mit Gutheißen der Provinzialabteilung für Arbeit und Sozialfürsorge vorgenommen werden.

Den Gewerkschaften ist erlaubt, Tarifverträge mit Arbeitgebern betreffend Präzisierung der Arbeitslohnlinie in Übereinstimmung mit diesem Befehl abzuschließen. Bei der Präzisierung von Arbeitslohn-Tarifen soll der durchschnittliche Arbeitslohn nicht überschritten werden.

Jede eigenwillige Veränderung der Tarife, die vorher durchgeführt wurde und eine Erhöhung des Arbeitslohnes in Anstalten und Unternehmen zur Folge hatte, muß rückgängig gemacht werden.

Entlohnung von Arbeitern und Angestellten

Aus dem Stabe der Sowjetischen Militär-Verwaltung

SNB. Der Oberste Chef der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland hat einen Befehl herausgegeben, der die Entlohnung von Arbeitern und Angestellten in Unternehmen und Anstalten, die sich in der sowjetischen Besatzungszone befinden, regelt.

Gemäß diesem Befehl bleiben die Lohnsätze in Kraft einsch. Akkord und Überbestunden sowie Leistungszulagen, die bis zum Mai 1945 existierten. Abgehoben werden alle diskriminierenden Anordnungen in der Anwendung von Lohnsätzen für einen Besonderen Personenkreis oder einzelne Personen in Verbindung mit ihrer rassischen oder nationalen Zugehörigkeit, ihrem Glaubensbekenntnis, ihrer politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit.

Es sind neue Tarif-Festsetzungen zugelassen, wenn die früher gültigen der ausgeführten Arbeit nicht mehr entsprechen, sei es in Verbindung mit einem Produktionswechsel, Materialwechsel in der Erzeugung oder aus anderen ähnlichen Gründen.

Eingestellt werden Prämienzahlungen oder andere Konzepte für Arbeit, die mit Kriegsgefahr zusammenhängt.

Periodisch (pauschal) festgesetzter Arbeitslohn muß mit den wirklich abgeleisteten Arbeitsstunden übereinstimmen.

Abgabe faschistischer Uniformen

Potsdam (SNB). Zahlreiche ehemalige Faschisten sind heute noch im Besitz ihrer alten Nazi-Uniformen, aus denen wertvolles Material zur Herstellung von Kleidung für die Bevölkerung gewonnen werden kann. Es ist daher ein Gebot der Stunde, die Uniformen einzuziehen, um sie der verarbeitenden Industrie zuführen zu können.

Das Präsidium der Provinzial-Verwaltung Markt-Brandenburg hat aus diesem Grunde eine Verordnung über die Abgabe faschistischer Uniformen erlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



Kontrolle über deutsches Auslandseigentum

Bodenreform und „Majoratsherrn“

Wichtig, weil diese denen zugerechnet werden müssen, die sie unbedingt benötigen. Schließlich muß auf dem Gebiet der Lebensmittelindustrie noch sehr viel getan werden. Sie werden in diesem Lehrgang nicht nur als Gesamtüberblick erhalten, sondern konkrete Einzelarbeiten kennen lernen. Die auf jede Frage dräuben eine Antwort geben können. Die Oberste Sowjetische Militär-Administration bringt unseren vorbereitenden Arbeitern großes Interesse entgegen. Auch die Abrechnung gegenüber anderen Verwaltungen wird bis zum Jahr 1947 im Aufgabengebiet der Aemter für Handel und Versorgung in den Provinzen und Kreisen, das sich mit denen der Zentralverwaltung decken wird, schriftlich bestimmt werden kann. Wenn sie früher der Assessor in der preußischen Verwaltung war, der sich durch seine Arbeit im Kreise zur Arbeit in der zentralen Verwaltung befähigt.

In der Hauptsache werden Sie in die Provinzen Brandenburg und Mecklenburg gehen. Nach Brandenburg, weil dort die Verwaltungsorganisation noch am rückständigsten ist, nach Mecklenburg, weil Mecklenburg durch den starken Zustrom von Flüchtlingen und durch die Veränderung der Struktur dieses Landes im Zuge der Bodenreform besondere Aufmerksamkeit verlangt. In diesen beiden Provinzen liegen westlich der Oder auch noch die Gebiete, die uns bezüglich der Versorgung das meiste zu tun geben. Ich hoffe, daß der Befehlsmarschall Schukow, der meine Verordnung über die Schaffung eines Verwaltungsausschusses ausdrücklich bestätigt hat, bis zum 15. Januar an Ort, wo er noch nicht durchgeführt ist, nachträglich in Zukunft wird es dann möglich sein, daß wir in der Praxis aufwändige Kräfte aus den Kreisen und Provinzen in die Zentralverwaltung holen. Das wird die beste Methode zur ständigen Aufklärung unserer Verwaltung sein.

Der Lehrgang im Handwerk

Von Dr. jur. Georg Wedel,
Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Halle

Der Lehrvertrag im Handwerk ist keine Angelegenheit des Lehrers, sondern des Meisters, dem Elternhaus und dem Lehrgang geregelt wird. Für sein Zustandekommen, seine Durchführung und Ueberwachung sind vielmehr eine Reihe von Vorschriften zu beachten, die von der zuständigen Handwerkskammer herausgegeben worden sind. Wird das ohne Befähigung für den einzelnen Wirtschaftszweig bzw. für die gesamte Volkswirtschaft die Entwicklung auf diesem Gebiete keineswegs sich selbst überlassen, sondern es bedarf einer planmäßigen und sorgfältigen Kontrolle des Nachwuchs- und Lehrlingsstromes, groß sind die Erfordernisse der gegenwärtigen Lage und der Zukunftsaussichten.

Die Meisterprüfung ist heute das Tor zur Selbständigkeit im Handwerk. Ebenso ist es aber auch der Beginn der Ausbildung des zukünftigen Lehrlings und Meister in feste Normen zu bringen. Die Betreuung des künftigen Handwerksmeisters beginnt bereits mit der Berufsaussuche durch die Beratungsstelle des Amtes der Arbeit. Das Ziel dieser Aussuche ist, daß jeder Schülertypus in den für ihn geeigneten Beruf kommt. Für die Einstellung des Lehrlings gibt es dann ein Lehrvertragsmuster und in den einzelnen Handwerkszweigen noch besondere Lehrverträge. Die Lehrlingsbedingungen zu überwachen, sind die Innungen hat überhaupt ein wichtiges Wort bei der Lehrlingsausbildung mitzureden. Während sich die Lehrlingshauptamtler bei der Handwerkskammer Halle-S. befinden, ist die Innung die Lehrlingsrolle, die jeder Lehrvertrag eingetragener werden muß. Sie überwacht sodann ganz allgemein die Erziehung der Lehrlinge in den Betrieben, hat dafür zu sorgen, daß die Anmeldung zur Lehrlingsrolle auch tatsächlich getätigt wird, daß ein Lehrvertrag vorhanden ist. Vor ihr werden in erster Instanz auch die Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnis behandelt und dergleichen mehr. Von den Innungen werden auch die Zwischenprüfungen abgenommen, die der Lehrling jeweils nach Beendigung eines Lehrjahres abzulegen hat. Insbesondere soll durch die Zwischenprüfung nachgewiesen werden, daß die Ausbildung des Lehrlings entsprechende Fortschritte gemacht hat und das im Lehrplan festgelegte Jahrestziel erreicht ist.

Damit der Lehrling die Fähigkeit erlangt, eine praktische Arbeit mit kurzen, knappen Worten zu erläutern, dabei die wichtigsten Fachausdrücke richtig anzuwenden und die Beschreibung notfalls durch ein Skizzen zu unterstützen, ist vom Lehrling ein Werkstattnotebuch zu führen. Das Ziel der Lehre ist jedenfalls die Aneignung der Gesellenprüfung, die gleichzeitig Voraussetzung für die spätere Ablegung der Meisterprüfung ist.

Die Lehrlingsausbildung im Handwerk hat jedenfalls eine ständig steigende Bedeutung für die gesamte Wirtschaft erlangt, sie wird künftig noch mehr als bisher die große Lehrwerkstatt der ganzen Nation darstellen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß sämtliche Lehrbetriebe verpflichtet sind, zur laufenden Vervollständigung der Lehrlingsstellen alle Veränderungen von Ausbildungsstellen sowie insbesondere alle nach im Lehrvertrag festgelegten, beherrschenden ehemaligen Wehrmachtsangehörigen bei der, für sie zuständigen Innung zu melden.

Das „Volksblatt“ lesen und weitergeben!

nenen Beruf kommt. Für die Einstellung des Lehrlings gibt es dann ein Lehrvertragsmuster und in den einzelnen Handwerkszweigen noch besondere Lehrverträge. Die Lehrlingsbedingungen zu überwachen, sind die Innungen hat überhaupt ein wichtiges Wort bei der Lehrlingsausbildung mitzureden. Während sich die Lehrlingshauptamtler bei der Handwerkskammer Halle-S. befinden, ist die Innung die Lehrlingsrolle, die jeder Lehrvertrag eingetragener werden muß. Sie überwacht sodann ganz allgemein die Erziehung der Lehrlinge in den Betrieben, hat dafür zu sorgen, daß die Anmeldung zur Lehrlingsrolle auch tatsächlich getätigt wird, daß ein Lehrvertrag vorhanden ist. Vor ihr werden in erster Instanz auch die Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnis behandelt und dergleichen mehr. Von den Innungen werden auch die Zwischenprüfungen abgenommen, die der Lehrling jeweils nach Beendigung eines Lehrjahres abzulegen hat. Insbesondere soll durch die Zwischenprüfung nachgewiesen werden, daß die Ausbildung des Lehrlings entsprechende Fortschritte gemacht hat und das im Lehrplan festgelegte Jahrestziel erreicht ist.

Damit der Lehrling die Fähigkeit erlangt, eine praktische Arbeit mit kurzen, knappen Worten zu erläutern, dabei die wichtigsten Fachausdrücke richtig anzuwenden und die Beschreibung notfalls durch ein Skizzen zu unterstützen, ist vom Lehrling ein Werkstattnotebuch zu führen. Das Ziel der Lehre ist jedenfalls die Aneignung der Gesellenprüfung, die gleichzeitig Voraussetzung für die spätere Ablegung der Meisterprüfung ist.

Die Lehrlingsausbildung im Handwerk hat jedenfalls eine ständig steigende Bedeutung für die gesamte Wirtschaft erlangt, sie wird künftig noch mehr als bisher die große Lehrwerkstatt der ganzen Nation darstellen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß sämtliche Lehrbetriebe verpflichtet sind, zur laufenden Vervollständigung der Lehrlingsstellen alle Veränderungen von Ausbildungsstellen sowie insbesondere alle nach im Lehrvertrag festgelegten, beherrschenden ehemaligen Wehrmachtsangehörigen bei der, für sie zuständigen Innung zu melden.

Weiteres Publikum entdeckt

Paris (SNB). In der britischen Besatzungszone wurden weitere große Mengen Material entdeckt, das die deutsche Besatzung aus den von ihnen besetzten Ländern gestohlen hat. Darunter befinden sich fünfzig Flugzeugmotoren aus Frankreich, zahlreiche belgische Straßenbahnen, unersetzliche holländische Dokumente über meteorologische und Schiffsfragen aus vielen Tausenden Wehrzugsmaschinen aus Frankreich, Belgien und Holland.

Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland

9. Januar 1946 Nr. 3 Berlin

Befehl: Nichtabgabe einer Erklärung von deutschem juristischen und physischen Personen, die Eigentum, Rechte oder Interessen im Auslande besitzen.

Um die Richtigkeit vorhandener Angaben über deutsche Kapitalanlagen im Ausland entsprechend dem Gesetz Nr. 5 des Kontrollrates vom 30. Oktober 1945 zu präzisieren,

BEFEHLE ICH

1. Alle deutschen Bürger, Behörden, Unternehmen, Organisationen und Firmen, denen das Eigentums- oder Kontrollrecht über Wertgegenstände, Werte, Kapitalanlagen oder Eigentum im Auslande direkt oder indirekt, ganz oder teilweise gehört, sind verpflichtet, eine Erklärung über solches Eigentum und solche Werte binnen 30 Tagen seit dem Tage der Veröffentlichung dieses Befehls in festgesetzter Form abzugeben.
 - Die Erklärungen sind auch über das im Auslande befindliche Eigentum und die Werte und Kapitalanlagen abzugeben, die deutschen juristischen oder physischen Personen vor dem 1. September 1939 gehört haben und nach diesem Stichtag auf irgendeine Weise in die Hände dritter Personen übergegangen sind.
 2. Alle deutschen Bürger, Behörden, Unternehmen, Organisationen und Firmen, denen das Vorhandensein solchen Eigentums oder solcher Werte im Auslande, die deutschen physischen und juristischen Personen gehören, bekannt sind, sind verpflichtet, entsprechende Erklärungen binnen gleicher Frist abzugeben.
 3. Der Erklärungspflicht unterliegen:
 - a) bewegliches und unbewegliches Eigentum (Form Nr. 1);
 - b) Beteiligung an verschiedenen ausländischen Unternehmen, Firmen, Kredit- und anderen Instituten und Organisationen (Form Nr. 2);
 - c) Wertpapiere (Anteile, Bonds, Aktien, Obligationen, Schecks, Ueberweisungen an ausländischen Banken, Wechsel, Patente, Versicherungspolice ausländischer Gesellschaften und beliebige andere Zahlungsdokumente, Zahlungsanweisungen) (Form Nr. 3);
 - d) Einlagen bei ausländischen Banken und Kreditanstalten (Form Nr. 4);
 - e) verschiedene Forderungen an ausländische Behörden, Unternehmen, Organisationen, Firmen und Personen, Versicherungsgesellschaften, Pfänder (Sicherheiten), Vorschüsse, Autorechte, Erbrechte und andere Forderungen (Form Nr. 5);
 - f) Gold- und Silbermünzen oder Gold-, Silber- und Platinbarren oder deren Legierungen in Barrenform, Brillanten oder andere Juwelenwaren, die in ausländischen Banken, Kreditanstalten, Unternehmen, Organisationen, Firmen und bei Privatpersonen deponiert sind (Form Nr. 6).
 4. Die Erklärungen sind in festgesetzter Form bei den örtlichen Stadt- oder Bezirks selbstverwaltungen am Wohnort des Erklärenden abzugeben.
 5. Die örtlichen Selbstverwaltungen fertigen nach Prüfung der Richtigkeit der Ausfüllung der erwähnten Erklärungen, Sammelauflistungen für ihren Bezirk nach der von der Finanzabteilung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland gegebenen Form an und übersenden diese Auflistungen zusammen mit den Erklärungen an die Provinz- oder Landesverwaltung nicht später als am 10. Februar 1946.
 6. Die Militär-Kommandanten der Städte und Bezirke sind verpflichtet, Kontrolle der örtlichen Selbstverwaltungsorgane über die rechtzeitige Bearbeitung der eingehenden Erklärungen ausüben sowie die rechtzeitige Vorlage bei den Provinz- oder Landesverwaltungen der im Paragraphen 5 dieses Befehls genannten Sammelauflistungen zu kontrollieren.
 7. Die Provinz- und Landesverwaltungen übergeben die von allen örtlichen Selbstverwaltungen erhaltenen Unterlagen, nach Prüfung und Aufstellung eines Sammelberichts für die ganze Provinz, nicht später als am 25. Februar 1946 den Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung der Provinzen und Länder.
 8. Die Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung der Provinzen und Länder legen sämtliche Unterlagen (Erklärungen und Sammelauflistungen), die sie von den Provinz- und Landesverwaltungen erhalten haben, nach Prüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit, der Finanz-Abteilung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland nicht später als am 5. März 1946 vor.
 9. Sämtliche Operationen mit Werten oder Eigentum, Rechten oder Forderungen im Auslande, ohne Genehmigung der Sowjetischen Militärverwaltung, sind verboten. Alle Abmachungen über Eigentum, Werte oder Forderungen im Auslande, die in den Paragraphen 1 und 3 dieses Befehls genannt sind und die von deutschen juristischen und physischen Personen nach dem 9. Mai 1945 abgeschlossen wurden, werden für ungültig erklärt.
 10. Alle deutschen Bürger, Unternehmen, Behörden, Organisationen und Firmen sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie für das Verheimlichen der ihnen gehörenden oben erwähnten Werte und das Eigentum oder für die Abgabe unrichtiger Angaben zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden.
- Der stellvertretende Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung,
der stellvertretende Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland
Armeeobergruppenkommandant
Generalmajor W. Sokolowski
- Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland
Generalleutnant M. Draitwin

Enorme Steigerung der Leuna-Produktion

Versammlung der Betriebsgruppen und Vertrauensmänner

In einer Versammlung der Betriebsgruppen der SPD und KPD sowie der Vertrauensmänner schilderte der Betriebsrat Genosse Zschage, was das Werk in den letzten sieben Monaten im Aufbau getrieben hat. Er gab einen Überblick über die betrieblichen Verhältnisse seit dem Zusammenbruch im Frühjahr 1945 und würdigte dabei die Arbeit des Betriebsausschusses vor allem auch in sozialer Hinsicht.

Seinen Ausführungen über die enorme Steigerung der Produktion entnehmen wir folgende Grundzüge jeder Erzeugung im Werk ist die Energiegewinnung. Ausreichende Wasser-, Dampf- und Strommengen sind die Voraussetzungen für die verschiedensten Produktions- und anderen Werke. Es betragen Dampfleistungen in t je Stunde, Mai 1940, z. Z. 1030, Stromerzeugung in kW/Mai 40.000, z. Z. 62.000, Wasserförderung km/Stunde Mai 2700, z. Z. 16.000.

Auch die Braunkohlenförderung für das Werk zeigt deutlich den Fortschritt des Wiederaufbaus. Während das Werk im Mai 1940 je Tag verbrauchte, benötigt es jetzt bereits 12.000 t je Tag.

Die Bezinproduktion entwickelte sich wie folgt:

August	Soll	4200 t	Ist	4700 t
September	"	4200 t	"	5500 t
Oktober	"	7000 t	"	7600 t
November	"	15000 t	"	15500 t

Die Sollzahl für Dezember war 20.000 t.

Daneben wurde auch Treibgas gewonnen. Im November waren es 218 t, im Dezember über 700 t. Eine weitere Steigerung der Treibgasgewinnung ist vorgesehen.

In der organischen Abteilung wurden an Rohisobutylol erzeugt: August 52 t, September 706 t, Oktober 629 t, November 578 t. Der Dezember brachte eine Rohisobutylol-Erzeugung von über 200 t und eine solche von Rohnaphthalin mit über 500 t. Daneben liefen in dieser Abteilung eine ganze Reihe kleiner, wirtschaftlicher aber ebenfalls wichtiger Produktionen.

Mit wachsendem Wiederaufbau und steigenden Produktionen ist auch die Belegschaftsprüfung die Höhe gegangen. Während Anfang Mai hier nur 2000 Mann beschäftigt wurden, waren am Jahresende 16700 Mann tätig. Das bedeutet eine Einstellung von mehr als 14000 Mann in nicht ganz 8 Monaten. Dazu kommen zur Zeit noch etwa 3500 Mann Belegschaft der Firmen, die im Werk arbeiten.

Genosse Zschage beendete seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die neuen Aufgaben des Jahres 1946, die nur durch Einigkeit innerhalb der gesamten Belegschaft zu meistern seien.

Die Kraft kommt aus dem Volke

Die Eisen- und Hüttenwerke A.-G. Werk Thale-Harz, weisen in einem Aufruf an ihre Mitarbeiter zum Jahreswechsel auf die großen Aufgaben hin, die noch zu bewältigen sind, um das Werk zur vollen Entfaltung zu bringen. Der Vorstand des Werkes fordert die Mitarbeiter auf, sich untereinander eng zusammenzuschließen und die Sache über die Person zu stellen. Er würdigt die neue Linie in der Betriebsarbeit, die durch die Mitwirkung der Arbeiterschaft in Produktions- und Organisationsangelegenheiten bestimmt ist. Es ist so, daß die echte schöpferische Kraft immer aus dem Volke kommt. Diese Kräfte sind zum Nutzen des Werkes zur Entfaltung zu bringen. Die Zeit wird lehren, daß diese demokratische Auffassung richtig ist.

Schwere Stürme in der Straße von Gibraltar

Tanger (SNB). Associated Press meldet, daß immer neue Meldungen von Schiffen, die sich in Senot befinden, am Sonntag in Tanger eintrafen. In der Straße von Gibraltar herrschen schwere Stürme.

Das vergangene Jahr brachte die bedeutungsvollste gesellschaftliche Maßnahme die Bodenreform. Die aus der Arbeiterklasse kommenden Männer, die dieses gewaltige Werk durchführten, brachten „so nobel“ wie auch das gesamte öffentliche Leben, dort in Schwanz, das man bis 3. Schicht, bis zum Kino besuchen und sich mehr oder weniger schöne Filme anschauen kann.

Dabei erscheint es aber paradox, wenn just zu einer Zeit, da wir die Junker, die Besitzer großer Ländereien, die Majoratsherren von ihren ergrünten und geschützten Grund und Boden verjagen, ein Film wie „Der Majoratsherr“ aus der Film-Motkette gekramt und auf die Leinwand projiziert wird. Dies geschieht, wie uns berichtet wird, in vielen Städten Mitteldeutschlands, auch in Halle.

Der Film handelt von einem Großgrundbesitzer, seiner tödlich verunglückten Geliebten, allerlei furchterlichen Bestimmungen, ausbeuterischen Verwandten, einer tuberkulösen Nachbarstochter und einer Reihe Landarbeitern. Aus allem wird eine ruhende Hand gemacht, an der uns – im Zeichen der Bodenreform – ein Großgrundbesitzer und die Tagelöhner bzw. ihr Verhältnis zueinander interessieren.

„Und siehe da! Da träufelt dieser Film in wahren Sturzflüssen das Wasser auf die reaktionären Mühlen der bodenreformfeindlichen Dr. Schreiber und Herms, die noch im Jahre der Schaffung des Bodenreformgesetzes von der politischen Tribüne abstrahlten! Da erlebt man das Märchen vom mühseligen Herzen des Majoratsherrn. Da sieht man glückliche Landarbeiter und Tagelöhner Ju schwenken, hört sie Vivaldi rufen, weil – ja weil ihnen ihr Majoratsherr die Bodenreform als mindeste Zustand. Was sagen aber die ewig Reaktionen, die ewig Devoten und Hörigen? Sie sagen, daß so ein Gutsherr gar nicht existiert und böse ist, wie es die Verfechter der Bodenreform hinstellen! Und was sagt der Film nicht? Er sagt nicht, daß das Majoratsherr trotz allem zusammengekommen ist.“

Die Bodenreform hat sich als ein Werk von gewaltiger Bedeutung erwiesen. Sie machte Tausende zu freien Bauern und frohen, zufriedenen Menschen – die Bodenreform braucht auch Majoratsherrn dieses Filmbildes der nazistischen Zeit aus nebeligen Gründen geschaffen wurde, nicht zu fürchten. Diese Sache vom gültigen Herrn ist aber ein Ammenmärchen, das wir uns weder aufhören noch an der weißen Wand vorfilmern lassen wollen.

„Beleid“ aus Buchenwald

Tiefender Verbrecherhorde

Im Herbst 1944 ging ein Herr Adolf Reiser in Merseburg in die Luftschützbank. So war es allen Deutschen befohlen. So ist es die braunen Bonzen – nur gerumme Zeit früher als gewöhnliche Sterbliche und an komfortablen Orten. Sie tat es schließlich aus Selbsterhaltungstrieb jeder, der der Hitler'schen Wehnsinn Orgien feierte. Nur der damals 78 Jahre alte Herr Reiser hätte es nicht tun dürfen. Nach ihm griff der Tod im Bunker, ohne daß dieser eingetrifft wäre. Denn Adolf Reiser war Jude, und für ihn war es ein „Verbrechen“, den Luftschützbanker bufsüchtig auszuheilen „verbrecher Deutscher“ denunzierte Reiser bei der Gestapo, die seinem Selbsterhaltungstrieb in Buchenwald glaubte Einhalt gebieten zu müssen.

In den ersten Januartagen 1945 erhielt Frau Reiser aus Weimar-Buchenwald folgenden Brief, dem die Sterbepunkte beifügt war:

„Sehr geehrte Frau Reiser!
Am 3. 1. 1945 verstarb ihr Ehemann Reiser Adolf im hiesigen Krankenhaus.
Ich spreche Ihnen zu diesem Verlust mein Beileid aus und verweise Ihnen, daß er hier in guter Pflege war. Trotz Anwendung bester Medikamente und ausgezeichnete ärztlicher Hilfe war es nicht möglich, der Krankheit Herr zu werden. Irgendwelche letzten Wünsche hat Ihr Ehemann nicht geäußert.“

ges.: Pister, SS-Standardführer.“

Die Kraft kommt aus dem Volke

Die Eisen- und Hüttenwerke A.-G. Werk Thale-Harz, weisen in einem Aufruf an ihre Mitarbeiter zum Jahreswechsel auf die großen Aufgaben hin, die noch zu bewältigen sind, um das Werk zur vollen Entfaltung zu bringen. Der Vorstand des Werkes fordert die Mitarbeiter auf, sich untereinander eng zusammenzuschließen und die Sache über die Person zu stellen. Er würdigt die neue Linie in der Betriebsarbeit, die durch die Mitwirkung der Arbeiterschaft in Produktions- und Organisationsangelegenheiten bestimmt ist. Es ist so, daß die echte schöpferische Kraft immer aus dem Volke kommt. Diese Kräfte sind zum Nutzen des Werkes zur Entfaltung zu bringen. Die Zeit wird lehren, daß diese demokratische Auffassung richtig ist.

Schwere Stürme in der Straße von Gibraltar

Tanger (SNB). Associated Press meldet, daß immer neue Meldungen von Schiffen, die sich in Senot befinden, am Sonntag in Tanger eintrafen. In der Straße von Gibraltar herrschen schwere Stürme.

Die Aufbaubarbeit der Stadtverwaltung

Bedeutungsvoller Bericht über die Leistungen im ersten Halbjahr der antifaschistischen Arbeit

Erweiterte öffentliche Stadtverordnetenversammlung am 7. Januar um 19.00 Uhr im großen Saale des „Volksparks“. So heißt es auf dem Programm der Veranstaltung, zu der die Hallenser gestern aufgerufen worden waren. Rückblick auf die seit der Befreiung von der Verwaltung geleistete Arbeit sollte getan werden. Ist das nicht allein schon etwas ganz Neues? Zum ersten Male nach mehr als zwölf Jahren wird der Stadtbürger nicht mehr nur vor vollendete Tatsachen gestellt, sondern ins Vertrauen gezogen. Er, der ja letzten Endes die zum Funktionieren jeder Verwaltung benötigten Mittel aufbringen muß, ist wieder in den Genuß seines Bürgerrechts getreten. Er hat wieder das Recht, die Sorgen und die Pläne seiner Stadt zu kennen. Ja, er hat sogar die Pflicht, sich darüber zu informieren, was die Männer seines Vertrauens tun, denn schließlich handelt es sich ja um das Gemeinwesen, dessen Mitglied er selber ist.

Die beiden Berichterstatter haben für jeden objektiv Urteilenden überzeugend dargelegt, wie das Chaos gebannt worden ist, das in den letzten Tagen des Nazireiches alles zu Überfluten drohte. Der Ablauf des täglichen Lebens in unserer Stadt ist wieder geregelt, das Dasein wieder berechenbar geworden und wir alle spüren, daß wir wieder festen Boden unter den Füßen haben. Was Oberbürgermeister Mertens und Bürgermeister Pretsch gestern sagten, sind Feststellungen, aber keine Selbstverständlichkeiten. In geregelten, normalen Zeiten wäre es Zeitvergeudung, bei solchen elementaren Dingen länger zu verweilen. Aber heute, da bedeuten sie einen beachtlichen Erfolg.

Rede des Oberbürgermeisters Mertens

Hierauf ergreift der Oberbürgermeister unserer Stadt, Mertens, das Wort zu seinem Rechenschaftsbericht. „Wir haben“, so sagt er nach Begrüßung der Anwesenden, „als Volk schwere Schuld auf uns geladen. Wir haben die ganze Welt um uns her mit furchtbarem Unheil überzogen, das je auf dieser Erde erlebt wurde. Wir haben unter der diktatorischen Führung einer Gruppe von gewissenlosen Verbrechern einen schrecklichen Krieg entfesselt und barbarische Methoden des Mordens und der systematischen Vernichtung angewandt. Wir bekennen uns zu unserer Schuld. Wir sind bereit, zu sühnen und wiedergutzumachen. Es ist gerade auch deswegen unsere Sehnsucht, daß wir eines Tages, nach Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse, uns zu einem neuen deutschen Staat verkörpern und selbst regieren können; in einem Staat, der sich als Glied

folgt, mit dem jeder Hallenser zufrieden sein kann. Und das dies der Fall ist, bewies der würdige Verlauf der gestrigen Kundgebung.

Betriebsratsvorsitzender Böttcher

Die Versammlung wurde vom Betriebsratsvorsitzenden Böttcher eröffnet. Er gab einen leichten Aufschluß, aus wem sich die Stadtverwaltung zusammensetzt. Es besteht aus beiden Bürgermeister, die besoldeten und ehrenamtlichen Stadträte, die 221 Beamten, 1318 Angestellten und 1555 Arbeiter und Arbeiterinnen. Hierzu kämen noch unzählige ehrenamtliche Helfer und Helferinnen.

Betriebsratsvorsitzender Böttcher berichtete dann über die politische Säuberung der Stadtverwaltung. „Im April 1945 gab es unter 541 Beamten 246 Nazis, das sind 45 Prozent. Unter 1055 Angestellten 335 Nazis, das sind 32 Prozent. Unter 1305 Arbeitern gab es nur 67 Nazis, das sind 5,1 Prozent. Hier von wurde bis zum 31. Dezember 1945 ein Großteil entlassen. Wichtig sei, daß alle noch vorläufig im Amt verbliebenen politisch belasteten Beamten ins Überflutungsverhältnis übergeführt worden sind, so daß sich unter den noch im Beamtenverhältnis befindlichen Dienstkräften kein ehemaliger Nazi befindet. Die Gehälter aller politisch Belasteten sind laut Beschluß des Gesamtbetriebsrates um 50 Prozent gekürzt worden. Die Höchstgrenze beträgt 300 RM.“

Bei der Neuaufstellung von Beamtenschaften sei man von vornherein darauf bedacht gewesen, eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung durchzuführen.

rückkehren, wo der Oberbürgermeister der Erste unter den Mitgliedern des Magistrats werden. Er ist nicht mehr, so wie in der Nazizeit, ein kleiner Diktator, der nach der Pfeife eines großen Diktators tanzt.“ Die Magistratsverfassung sei in ihren wesentlichen Punkten wieder eingeführt. Die Stadträte hätten von jetzt ab wieder mitbestimmende und nicht nur beratende Funktionen. Der diktatorischen Führung einer demokratischen Selbstverwaltung fehlte.

Was wurde geleistet? — Was ist noch zu tun?

Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters Genossen Pretsch

Bürgermeister Pretsch erinnerte daran, daß im Jahre 1933 13 Millionen deutsche Wähler Sozialisten und Kommunisten gewesen seien. Der geistigen Macht der Arbeiterschaft gegenüber wäre Hitler nie zur Regierung gelangt.

Anfang des Jahres 1945 — so führte der Redner, der die eigentlichen Probleme unserer Stadt übergehend, aus — sei nur ein kleiner Teil von Halle durch Fliegerangriffe zerstört gewesen.

Wegen der sinnlosen Fortsetzung des Krieges durch Hitler aber wurden in Halle insgesamt zerstört: 600 Wohnhäuser schwer, 1000 Wohnhäuser mittelschwer und 7000 Gebäude leicht. Die Städtische Bauverwaltung selbst nahm die planmäßige Lenkung des Neubaus in die Hand.

Die geringe Anzahl der vorhandenen Bauarbeiter wurde durch Umschulung von 450 Arbeitskräften auf rund 1000 Mann erhöht. 2903 Wohnungen und 155 gewerbliche Anlagen wurden wieder in Ordnung gebracht. Die Gesamtschäden werden auf 90 Mill. RM. beziffert.

Bis zum August 1945 sei es noch möglich gewesen, aus dem Bezirk zur Verfügung gestellten Mitteln die Bombenschäden in Ordnung zu bringen. Diese seien nun erschöpft, und es müsse nach neuen Finanzierungsmitteln gesucht werden.

Der Redner sprach dann über die rasche Trümmerbeseitigung. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch die Zerstörung der Brücken in Halle, eine wahre Wagnisart, die von den Anhängern Hitlers knapp vor dem Zusammenbruch durchzuführen wurde. Der größte Teil der Brücken sei so weit wieder hergestellt, daß die Straßen wieder befahrbar seien, bis auf die Kröllwitzer Brücke, die eine der schönsten der Stadt Halle war und die wahrscheinlich auch in diesem Jahr noch nicht wieder in ihren alten Zustand wird gebracht werden können. Jedoch werde versucht, in zwischen eine Verbindung in halber Breite für den Fahrverkehr herzustellen.

Der Redner erwähnte die insgesamt 162 Kanalschäden, die durch den Luftkrieg in Halle entstanden seien. An 31 Stellen seien auch die großen Sammler getroffen worden. Trotz des großen Mangels an geeigneten Arbeitskräften seien 50 Prozent aller Schäden wieder behoben worden. Der Redner berührte dann die Wasser- und die Gasversorgung, die Instandsetzung des Straßenbahnverkehrs sowie die Instandsetzungsarbeiten, die der Öffentlichkeit bereits bekannt sind.

Bürgermeister Pretsch sprach ausführlich über die Städtischen Werke, die während des letzten Jahres 1929 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurden. Da eine privatrechtliche Beteiligung irgendwelcher Art bei der Sache nicht vorliege, könne diese Form beibehalten werden.

Weg arbeitet ohne Verlust

Der Redner gab dann einen kurzen Einblick über die Gebarung der Weg- und Wasserwerke. Die Weg- und Wasserwerke im Rumpfjahr 1945 (1. April bis 31. Dez. 1945) mit einem buchmäßigen Verlust von rund 1.900.000 RM. Ende September 1945 hätte die Gesellschaft ihren Verlust auf rund 1.580.000 RM. herabdrücken können. Im letzten Quartal des Geschäftsjahres kamen die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe mehr und mehr auf Touren. Das Bergwerk förderte in den Monaten Oktober bis Dezember 1945 rund 18.000 t gegenüber 27.000 t in den

allerdings noch: Das sei die von der Bürgerschaft frei gewählte Stadtverordnetenversammlung. Wir hoffen, daß einmal der Tag komme, an dem alle wieder zur Wahlurne gehen und die Männer ihres Vertrauens selbst wählen können. Vorläufig müßten wir uns mit einer Zwischenlösung begnügen, die aus einem Stadtverordnetengremium von Männern besteht, welche von den Parteien entsandt worden sind. Die Frauen fehlen leider in unserem Magistrat. Wir haben noch keine Frau als Stadträtin. Die Frauen spielen in unserer Verwaltung immer noch die Rolle des Aschenbröckchens. Das müsse und das werde anders werden.

Der Oberbürgermeister stellte dann die Aufgaben einer Stadtverwaltung und die Schwierigkeiten, die sich nach dem Hitlerregime ergaben, hinein in den großen Rahmen des Fragenkomplexes, der nach dem Zusammenbruch der früheren staatlichen und provinziellen Verwaltungen aufsteige. Er erinnerte an seine Tätigkeit in Eisenleben, als er am Anfang hieß, eine Stadt zu verwalten, die infolge des Fehlens aller Transportverbindungen und der sich abschließenden Landkreise plötzlich ganz auf sich selbst gestellt war. Er erwähnte seinen nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes die Stadt- und Kreisverwaltungen von antifaschistischen Kräften, in erster Linie von Männern aus der Arbeiterschaft, neu gebildet worden.

Als Oberbürgermeister Mertens und Bürgermeister Pretsch am 20. Oktober die Leitung der Stadtverwaltung in Halle übernahmen, konzentrierten sich diese Männer, wie aus dem weiteren Verlauf des Rechenschaftsberichts hervorgeht, in erster Linie auf die Versorgung. Oberbürgermeister Mertens behandelte ausführlich alle Maßnahmen, die zur Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel, zur Behebung des Transportes, der Versorgung mit Brennstoff, zur Bereitstellung des Wohnraumes usw. ergriffen wurden.

Wir werden diesen zweiten Teil der Rede des Oberbürgermeisters in der nächsten Nummer unseres Blattes noch ausführlich behandeln.

habe die Stadtparkasse auch wieder 1.259.063 Reichsmark erzielt. Darlehen können bis zu 5000 RM., in Ausnahmefällen mit Zustimmung der Provinz bis zu 10.000 RM. gegeben werden. Die Stadtparkasse konnte im letzten Monat ein Anwachsen der Spargelder um rund 7,3 Millionen RM. nachweisen, wobei es sich um wirkliche Spargelder und nicht um gehortete Gelder handele. Die Spareinlagen stellten sich jetzt auf insgesamt 38 Millionen Reichsmark, die Giroeinlagen auf 30 Millionen Reichsmark, so daß am Jahresabschluss wieder 72 Millionen RM. Einzahlungen vorhanden sind.



Die ehrenamtlichen Helfer

Eine unserer wichtigsten ehrenamtlichen Organisationen der demokratischen Stadtverwaltung sind die Bezirks- und Straßenbeauftragten, die auf Initiative der KPD geschaffen worden sind. Es ist kaum noch denkbar, kommunale Tätigkeit auszuüben — erklärte Bürgermeister Pretsch der Wirklichkeit — ohne diese ehrenamtlichen Funktionäre. Ihnen gebühre das größte Lob und der Dank der Stadtverwaltung sowie der gesamten Bevölkerung, ihre Hauptaufgaben seien:

1. Die Erfassung des notwendigen Wohnraumes, den wir brauchen, um die Umsiedler, die der Stadt Halle zugewiesen sind und in Zukunft noch zugewiesen werden, unterbringen. Es gibt innerhalb der Stadtverwaltung keine Möglichkeit, diese Probleme zu lösen, wenn uns diese ehrenamtlichen Helfer nicht zur Verfügung ständen, die heute eine Organisation von 4000 Köpften mit 18 Bezirksausschüssen bilden.

2. Neben der Beschaffung von Wohnraum haben sie die Verteilung der Lebensmittelkarten vorzunehmen. Diese Frage ist heute deshalb besonders schwierig zu meistern, weil jetzt die Lebensmittelverteilung nach dem Schwere der Arbeit geschieht, und zwar nach dem Grundsatz: Wer viel arbeitet, soll mehr essen. Hier entstehen für die Straßenbeauftragten Probleme, die oftmals schwer zu lösen sind. Hier die richtige Lösung zu finden, hängt von dem Straßenbeauftragten ab.

Auch die politische Überprüfung in den Stadtteilen liegt in den Händen der Straßenbeauftragten, wie überhaupt ihre ganze Tätigkeit vor allem auf den Grundsätzen der antifaschistischen Blockparteien aufgebaut worden.

Auch beim Einsatz der Nazis (Sonntagsarbeit) haben sie eine große Rolle gespielt. Es war den führenden Männern der Stadtverwaltung nicht immer bekannt, wer in den Stadtteilen und Straßenbürgen P. oder Mitglied einer Gliederung der früheren NSDAP gewesen ist. Mit Hilfe dieser ehrenamtlichen Funktionäre sind wir imstande gewesen, wenn auch nicht überall, so doch zum größten Teil, die Nazis zu veranlassen, daß sie ihren Pflichten nachkommen.

Bürgermeister Pretsch schloß seine Ausführungen mit dem Versprechen, alle Kräfte einzusetzen, um die Probleme, die noch nicht gelöst werden konnten, im kommenden Jahre zu bewältigen. Er gedachte dabei der Hilfe der Besatzungsmacht, die diesen Bemühungen, wie schon bisher, sicherlich auch weiter ihre wertvolle Unterstützung leihen werde.

Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Bericht des Bürgermeisters hielt Bezirkspräsident Dr. Berger (Merseburg) ein kurzes Schlußwort, in dem er der Stadtverwaltung für die bisher geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aussprach und den Wunsch der Kommunalaufsichtsbehörde zum Ausdruck brachte, auf dem beschrittenen Wege demokratischer Gemeindeführung fortzuführen. Halle, die Hauptstadt unserer neuen Provinz Sachsen, habe einen guten Ruf als Schulstadt und Pflegestätte der Kultur zu wahren. Mit Dankesworten an die sowjetische Administration für die großzügige Unterstützung der Stadtverwaltung und der Aufforderung an die gesamte Einwohnerschaft zur tatkräftigen Mitarbeit am Wiederaufbau des neuen Halle schloß der Bezirkspräsident seine ebenfalls beifällig aufgenommenen Schlußansprüche.

Stadtverordneter Otto Härtel zog eine Parallele zwischen dem Früher und Heute, und forderte ebenfalls zu tatkräftiger Mitarbeit auf. Früher wurde in geheimen Konventikeln einfach diktiert, heute könne die gesamte Bürgerschaft mitarbeiten und habe auch wieder das Recht zu positiver Kritik. Er verlas eine auf der ersten Seite zum Abdruck gebrachte Entschließung, in der den Letzern der Geschicke in unserer Stadt und dem Betriebsrat das Vertrauen ausgesprochen und das Gelobnis abgelegt wird, am Aufbau eines freien demokratischen Deutschlands tatkräftig mitzuarbeiten.

Mit dem Finale aus der fünften Sinfonie von Beethoven schloß die denkwürdige Kundgebung. Zur Eröffnung spielte das Städtische Orchester die „Freischütz“-Ouvertüre.



Arbeiterschaft — Garant der Demokratie

Der Oberbürgermeister begrüßte weiter die Vertreter der vier antifaschistischen Parteien und sprach sich in diesem Zusammenhang gegen die „Nur-Fachleute in der Verwaltung aus. Die demokratische Selbstverwaltung muß getragen sein von Männern, die einen politischen Willen haben und ihre berufliche Arbeit als politische Aufgabe betrachten. Die Begrüßung der Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm der Oberbürgermeister weiter zum Anlaß, festzustellen, daß die Arbeiterschaft der Garant einer neuen deutschen Demokratie sei. Während das Bürgertum in seiner übergroßen Mehrheit der skrupellosen Propaganda Hitlers und Goebbels zum Opfer fiel und in seiner übergroßen Mehrheit einst seine demokratischen Parteien verließ, wurde ein großer Teil der Arbeiterschaft von der Nazipost weniger erfaßt. Doch auch die Arbeiterschaft habe Schuld auf sich geladen. Wäre sie einzig gegen die Arbeiterschaft, so wäre sie ein Unglück für die ganze Nation. Darum sei heute die Arbeiterschaft nicht nur ein Segen für die Arbeiterschaft, sondern für uns alle. Die Einheitsgewerkschaft werde die Einheitspartei der deutschen Arbeiterbewegung folgen. Diese übernimmt sodann die Führung der gesamten Arbeiterklasse bei dem Aufbau des demokratischen Deutschlands.

Als Kennzeichen des demokratischen Charakters der jetzigen Stadtverwaltung bezeichnete der Oberbürgermeister die Tatsache, daß „Führerprinzip“ und alle anderen nazistischen Kennzeichen der letzten zwölf Jahre verschwunden seien. „Wir müssen wieder zum System der kollegialen Zusammenarbeit zu-

Produktionsplanung im Handwerk

Eine Rundfrage in Kreisen des Handwerks hat ergeben, daß man dort der Notwendigkeit gegenübersteht, für das Jahr 1946 einen Produktionsplan aufzustellen.

Weihnachtsbesonderzahlungen der Grube Concordia
Die Grube Concordia im Nacherstader Kohlenrevier, deren vorbildliche soziale Fürsorge für ihre Belegschaftsmitglieder...

Herzberg gründet Konsumgenossenschaften
In einer Versammlung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, auf der Genosse Liboi vom Kreisausschuß sprach, stand die Frage der Arbeitbeschaffung und die Konsumgenossenschaftsgründung zur Debatte.

Kleinrangenverteilung in Klebra
Die Gemeinde Klebra hat bei der Durchführung der Bodenreform, die nunmehr ihren Abschluß fand, besonders gut abgeschnitten. Es wurden 8 ha Land zur Schaffung von Kleingärten zur Verfügung gestellt.

Vorbildliche Spende
Die Belegschaft des Kraftwerkes Zschornaatz brachte durch freiwillige Spenden für die Hilfsaktion „Rettet die Kinder“ insgesamt 9296,30 RM auf.

pm. Wansleben. Auf einer öffentlichen Versammlung zur Gründung einer Verteilungsstelle der Konsumgenossenschaft Mansfelder Land sprach Gen. Ossig.

Leider gibt es noch Handwerker, Schneider, Schuhmacher, Tischler und Klempner, die auf die Aufträge und das Publikum warten und meinen, es sei absolut nicht notwendig, einen Plan aufzustellen; denn „die Leute kommen ja von selbst“.

Handwerk als Produzent
von Gebrauchsgütern nicht verzichten können und weshalb wir in dieser Richtung eine Planung als erforderlich erkennen.

Initiative ergreifen
Besonders ist die Ansicht weit verbreitet, daß man „von oben“ schon an den einzelnen Handwerker herantreten und ihm einen Produktionsplan „vorschreiben“ werde.

Heute gibt es allerdings Handwerker, die auf dem Standpunkt stehen, daß sie mit Rohstoffen sparen müßten und die daraus gefertigten Ergebnisse nur dann abgeben, wenn sie Lebensmittel dafür eintauschen können.

und bearbeitet. Das Handwerk kann nur auf Grund einer ordnungsmäßigen Planung damit rechnen, Rohmaterial zu erhalten; denn auch die Erzeugung des Rohmaterials wird gelenkt und entsprechend den Anforderungen der Produktion gesteuert.

Das Handwerk ist tatsächlich weit mehr Produzent, als es selbst annimmt. Es ist gerade, jetzt während der Zeit des Aufbaues einer Friedensproduktion erforderlich, daß das Handwerk produktiv zur Stelle ist.

Nova-Chemie im Aufbau
Das Werk der Nova-Chemie in Teuchera steht ganz im Zeichen des Wiederaufbaues.

Zwischen der Betriebsleitung und der Gefolgschaft ist ein erfreuliches Zusammenarbeiten festzustellen. Der Betriebsleiter Franz und seine Mitarbeiter haben sich dem Aufbau von Landeslieferungsunternehmen die wesentliche Voraussetzung gewesen, wo aber solche noch nicht ins Leben gerufen wurden, müssen die Handwerksmeister in den Orten selbst einmal die Initiative ergreifen.

pm. Walsleben. Der Ortsverein der SPD hat zu den öffentlichen Veranstaltungen eingeladen. Gen. Ullrich übermittelte die herzlichsten Weihnachtsgrüße des Zentralverbandes, des Bezirksverbandes und des Unterbezirks.

PK. Gehofen. Die erste Friedensweihnacht brachte für alle Kinder der Gemeinde durch die tatkräftige Aufarbeitung des Antifaschistischen Ausschusses eine freudige Überraschung. Die Kapelle der Jugendgruppe füllte die Pausen mit Musikvorträgen.

pm. Schöna (Kr. Schweinitz). In einem mit Tannenbäumen geschmückten Wagen wurden die Kinder der Gemeinde Schöna zur Weihnachtsbescherung gefahren. Bürgermeister Schulze brachte in seiner Rede zum Ausdruck, daß die Gemeinde Schöna alles getan habe, um den Kindern eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

pm. Misbach. Der städtische Volksschor veranstaltete eine weihnachtliche Familienabend. Nach dem Vortrag von Waltraud nachteilig unter der Leitung des Dirigenten Schuler wurde eine Gedichtsammlung durchgeführt, die 143 RM einbrachte.

KN. Teuchenthal. In einer Weihnachtsfeier der Firma C. Mennicke sprach Gewerkschaftskollege K. Nauch. Er forderte auf, gemeinsam mit aller Kraft an das Werk zu gehen, für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

pm. Großwangen. Auf einer Weihnachtsfeier erhielten die Kinder Spielsachen, Pfefferkuchen und Äpfel.

pm. Pressel. Im Rahmen der Volkssolidarität fand auf Anregung der SPD und KPD eine gemeinsame Weihnachtsfeier statt. Gen. Kleinert begrüßte 311 Kinder mit ihren Eltern. Unter Leitung von Frau Wünsch wurde die Schuljugend der Gemeinde durch Musikstücke, Schuche, Wäsche und Pfefferkuchen verteilt.

pm. Kläden. Auf Anregung der beiden Arbeiterparteien fand eine Bescherung der Kinder statt. Die Durchführung der Veranstaltung hatte Bürgermeister Gen. Wenig und seine Mitarbeiter übernommen.

pm. Schönevalde. Im Rahmen der Volkssolidarität fand eine Weihnachtsfeier statt. Es wurde ein Theaterstück von den Kindern der Volksschule aufgeführt.

HL. Kreisfeld. Der antifaschistische Ausschuß habe die Gemeinde zu einer Weihnachtsfeier eingeladen. Gen. Ziegner begrüßte mit einer Ansprache die Gäste.

WS. Hals (Kr. Sangerhausen). Im Rahmen der Volkssolidarität und der Aktion „Rettet die Kinder“ veranstaltete die antifaschistische Jugend eine gemeinsame Weihnachtsfeier für alle Kinder und Eltern der Umsiedler.

Literatur in der Zeitwende

Gespräch mit dem Präsidenten des Kulturbundes: Johannes R. Becher

Am Anlaß der Dichterlesung, die der Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands auf Einladung des Kulturbundes Halle hier am 13. Januar im „Theater“ halten wird, verpfehligen wir auszugewählte Einblicke zum Verständnis seiner dichterischen Persönlichkeit ein Gespräch, das der Berliner Redakteur Gustav Leuteritz mit Johannes R. Becher führte.

Zu sehr hat man sich daran gewöhnt, in Wissenschaften angesehen zu werden. Sie verließen Deutschland auch nicht um wirtschaftlicher Vorteile willen, ganz im Gegenteil, sie wanderten aus in ein völlig ungewisses Schicksal.



„Es ist mir eine besondere Freude“, sagte der Dichter, „daß ich nach zwölf Jahren Gelegenheit habe, durch Herausgabe meines Buches als Dichter zu unserm Volke sprechen zu können.“

Auf unsere Frage, welche Bedeutung er seinem Buche und darüber hinaus der Literatur der Emigration beime, erwiderte er: „Ich möchte hoffen, daß dieses Buch aus der Zeit der Achtung über mein privates Schicksal hinausweit und gültig empfunden wird.“

Der Ausdruck „innere Emigration“ wurde geprägt, lange bevor Herr Frank Thiele sagte, ihn entdeckt zu haben.

Die emigrierten Schriftsteller waren es, die das Bewußtsein der deutschen antifaschistischen Helden bereit machten.

„An welche Männer vor allem dachten Sie dabei, Herr Becher?“

„Es ist vielleicht nicht genügend bekannt“, erwiderte der Dichter, „wie viele Schriftsteller, um nur von der Literatur zu reden, in der Emigration an seelischer Bedrückung, und äußerer Not gestorben sind.“

Sicher ist da draußen auch eine Reihe Bücher entstanden, die von der neuen und letztlich unzerstörbaren Humanität künden.

Becher antwortete: „Es sei vornehmlich jener Bücher gedacht, die in die deutsche Literatur einzufließen werden, obwohl sie im eigenen Vaterland zunächst noch unbekannt sind.“

„Eben aus diesem Grunde“, sagte Johannes R. Becher, „hat der Kulturbund die geistige Emigration aufgerufen, in die Heimat zurückzukehren und hier an der Neugestaltung Deutschlands mitzuwirken.“

„Sie sind also der Ansicht, Herr Becher, daß die Literatur gerade an der Schwelle unseres Zeitalters auch innerhalb Deutschlands neue und große Aufgaben erwachsen werden?“

nicht nur überholt ist, sondern gerade beim Neuaufbau unseres Vaterlandes eine hervorragende Rolle spielt.

Die besondere Sorgfalt, die der Jugend angedeihen lassen muß, wenn die Dichtung her einen starken Impuls erfahren, dann gerade das dichterische Wort ist inständig die Jugend anzusprechen und sie für edle, große Ziele zu begeistern.“

Wir fragen den Dichter, mit welchen weiteren schöngeistigen Veröffentlichungen denn in nächster Zeit zu rechnen sei, da sich der Büchermarkt, vor allem der Mangel an guter Gegenwartsliteratur, vorerst noch empfindlich auswirke.

„Es wird in Kürze“, so sagte Johannes R. Becher, „im Aufbau-Verlag eine größere Anzahl schon langstiger Werke erscheinen, darunter der Roman „Stalingrad“ von Theodor Plivier, neue bisher unveröffentlichte Gedichte Gerhart Hauptmanns, der Roman „Verwandte und Bekannte“ von Willi Bredel, dem Scharrers „Maulwürfe“, eine Neuausgabe von Heinrich Manns „Der Untertan“ und Erik Regers „Union der festen Hand“.

„Somit ist ein Anfang gemacht“, erklärte Johannes R. Becher zum Abschluß unseres Gespräches, „der Literatur die geschichtliche Rolle zurweisen, die ihr bei der geistigen Neugestaltung unseres Volkes zukommt.“

Nur wenn sich alle wesentlichen Kräfte um die Fährte zum neuen demokratischen Deutschland in diesem Geiste scharen, wie ihn Becher uns entwarf, einzig im Ziel, unermüdet in der Festigung humanen Schaffens, ohne schlechtes Abwägen dessen, was jeder, ob drinnen oder draußen, zur Verantwortung zu ziehen hat.

Von Rudolf Kögl

Wenn wir zur Jahreswende auf ein Halb- jahr antifaschistischer Wideraufbauarbeit...

Eine demokratische Presse schließt die Be- zorgung einer bestimmten Gruppe aus...

Orkan über West-Norwegen. Oslo, 7. Januar (SNB). Der norwegische...

Hitzwellen in Australien. Melbourne (SNB). Die Hitzwellen hat den...

Aus Halle und Saalkreis

An unsere Vertriebs-Mitarbeiter. Die mit der Umstellung auf den Monats- bezugspreis verbundenen Arbeiten sind...

Ein „Ami für Handel und Versorgung“ für die Stadt Halle. wurde laut Bekanntmachung des Oberbürger- meisters mit Beginn dieses Jahres eingerichtet...

Russisch in der Volksschule. In den nächsten Tagen beginnt an sämt- lichen Volksschulen der Stadt Halle...

Feststreuung für Kranke und Umsiedler. Unter Mitwirkung von Klinikern der Städtischen...

Soldaten ohne moralische Gesetze

Nürnberg-Prozess

Nürnberg, 4. Januar (SNB). In der Nachmittagsitzung wiederholte...

Der amerikanische Anklagevertreter hebt hervor, daß die Angeklagten nicht deshalb auf der Anklagebank sitzen...

Gegen USA-Anleihe für England

Washington, 7. Januar (SNB)

Associated Press berichtet: „Die vorgeschla- gene amerikanische Anleihe an Großbritannien...

Eisenbahner für die Einheitsfront

Gemeinsame Gruppenkonferenz der KPD- und SPD-Mitglieder

Am Sonntag, dem 6. Januar, tätigen die Eisenbahner der Betriebsgruppen der KPD und SPD im Partheusaal der KPD in Halle.

Die Konferenz, die von 230 Mitgliedern beider Gruppen besucht war...

Nach ausführlichen Referaten des Genossen Otto Härtel von der KPD und des Genossen...

Schluß mit dem Reden, laßt uns einig sein und handeln, das ist der beste Garant für ein freies demokratisches Deutschland.

Die Bedeutung und Wichtigkeit der Ge- werkschaftswahlen wurde besonders herausge- stellt...

Die gemeinsame Betriebsgruppenkonferenz der Eisenbahner der KPD und der SPD am 6. Januar begrüßt auf das freudigste die...

Die Eisenbahnerfunktionäre beider Gruppen...

bet deren Durchführung Völkerrecht und interna- tionale Abkommen mit Füßen getreten werden.

Der Ankläger zählt eine Reihe von Namen auf, die als besonders belastet gelten können...

Ihr Verbrechen besteht darin, daß sie An- griffskriege planten und durchführten...

Die Eisenbahnerfunktionäre beider Gruppen beider gleichfalls die gemeinsame Ein- schließung der Provinz- und Bezirksleitungen...

Einschränkung verschiedener Berufsgruppen

Männlicher Nachwuchs zugunsten der Mangelberufe

Eine der wichtigsten Aufgaben des Hand- werks ist es, zu dem brennenden Problem der...

Die Eisenbahnerfunktionäre beider Gruppen beider gleichfalls die gemeinsame Ein- schließung der Provinz- und Bezirksleitungen...

Die vielen schweren, im Interesse des Wiederaufbaues Deutschlands zu lösenden...

Die Eisenbahnerfunktionäre beider Gruppen beider gleichfalls die gemeinsame Ein- schließung der Provinz- und Bezirksleitungen...

Die Eisenbahnerfunktionäre beider Gruppen beider gleichfalls die gemeinsame Ein- schließung der Provinz- und Bezirksleitungen...

Mohnanbau auf dem 5-ha-Hof

Von Carl Lehmann

Trotz der großen Nachfrage in letzter Zeit ist der Anbau von Mohn im allgemeinen sehr gering...

Für eine gute Ernte ist für die Saat mög- lichst die zweite Märzhälfte Bedingung...

Neubauern macht die erste Probe War- dent daß nicht an den guten Mohnkuchen...

Für den Mangelberuf Maler sind in Zu- kunft ebenfalls in stärkerem Maße weibliche...

Aus dem hallischen Gerichtssaal

Zu allen Zeiten hat es Menschen gegeben, die aus den jeweiligen Zeitverhältnissen...

Der 24-jährige Alfred K aus Gutenberg hatte sich durch Vorspiegelung, daß er Beauf- tragter der KPD sei...

Nach mehr Pech hatte der 33-jährige Lo- komotivführer Herbert L aus Engelsdorf...

Halles Schumächern arbeiten für das Hillswerk „Rettet das Kind“

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

Die Aufgeschlossenheit und Lebensnähe des Unterrichts in den hallischen Schulen...

